



öffentlich

Betreff:

Vorschlag eines zu installierenden Schlichtungsverfahrens zwischen Stadtverordnetenversammlung und Ortsbeiräten in Konfliktfällen!

Erstellungsdatum 15.10.2020

Eingang 502:

Einreicher: Andreas Menzel

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
17.11.2020	Ortsbeirat Groß Glienicke		X

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Ortsbeirat des Ortsteils Groß Glienicke nimmt zur Kenntnis, dass seine vorgetragenen Ergänzungswünsche zum Nahverkehrsplan 2019 für die Landeshauptstadt Potsdam (DS 20/SVV/0222) für einen attraktiven ÖPNV von und nach Potsdam, von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nicht anerkannt wurde und missbilligt dieses autoritäre Verhalten.

Der Ortsvorsteher wird beauftragt, mit den Ortsvorstehern der Ortsteile zu besprechen, ob folgender Antragstenor möglichst abgestimmt und gemeinsam eingebracht werden soll:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam wird gebeten, zu beschließen:

Zukünftig wird die Stadtverordnetenversammlung in vergleichbaren Fällen die Ortsteile betreffenden Anliegen, im Konfliktfall die Aussprache im Ortsbeirat suchen, bevor die Stadtverordnetenversammlung beschließt.

Zukünftige Konflikte zwischen den Ortsbeiräten und der Stadtverordnetenversammlung sollen zukünftig z. B. ein Schlichtungsverfahren mit dem federführenden Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung vorgeschaltet werden, um möglichst einer Politik von oben herab entgegen zu wirken und eine Konsenslösung zu finden.

gez.
Andreas Menzel

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Umgang der SVV mit den Anliegen der Ortsteile zeigt in diesem Beispiel nicht zum ersten Mal Züge einer Politik von oben herab. Der OBR geht davon aus, dass die SVV auch an Lösungen für die Bewohner/innen der Ortsteile interessiert ist. In diesem Sinne wird ein Vorschlag unterbreitet